

# Verena Kämmerlings Monatsbericht Jan. / Feb. 2024



## Bürgersprechstunde:

Datum: 6. März 2024 Uhrzeit: 16:00 - 18:00

Gläserne Bäckerei Wellmann (Birkenallee 64, 49076 Osnabrück)



## Hochwasser in Niedersachsen,

Die Hochwasserlage um Weihnachten konnte dank des großartigen Engagements vieler **ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer** bewältigt werden. Jetzt ist der Zeitpunkt aus dem Weihnachtshochwasser auch politisch **Lehren** zu ziehen. Wir brauchen dringend einen besseren **Hochwasser- und Katastrophenschutz**.

Die Hochwasserschutzanlagen müssen schnellstmöglich wieder aufgebaut und Einsatzkräfte durch gezielte Schulungen und neue Ausstattung besser auf **ähnliche Katastrophenlagen** vorbereitet werden. Dabei muss der Bevölkerungsschutz Priorität vor Umweltschutz haben. Ebenso sollte sich der Bund an den **Kosten** beteiligen und die Kommunen beim Wiederaufbau

unterstützen. Zusätzlich fordern wir die Vorhersagengenauigkeit durch **Digitalisierung** und **KI-Nutzung** präziser zu gestalten und die **Freistellungsregelungen** für Ehrenamtliche Helfer zu überarbeiten.

## Holocaust-Gedenktag



Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages und der **Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz** haben wir in Osnabrück am **27. Januar** den im Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen



und Juden gedacht. Über **6 Millionen Juden** und darüber hinaus auch Sinti und Roma, Homosexuelle, politisch Andersdenkende und Menschen mit Behinderung haben aufgrund der **grausamen NS-Diktatur** ihr Leben verloren. So etwas darf nie wieder geschehen!

Aus Rücksicht auf den Sabbat fand die Kranzniederlegung einen Tag später statt. Oberbürgermeisterin Katharina Pötter stellte in ihrer Rede heraus, dass es aktuell mehr denn je wichtig ist, der **Verbrechen des Nationalsozialismus** zu gedenken und unsere **Demokratie zu verteidigen**.

## Helfer-Gleichstellungsgesetz

Freiwillige Helfer spielen bei der Katastrophenbewältigung oft eine **essenzielle Rolle**, dies wurde beim Weihnachtshochwasser in Niedersachsen **erneut unter Beweis** gestellt. Allerdings bestehen unterschiedlichste Regelungen zu **Freistellungs- und Erstattungsansprüchen** von ehrenamtlichen Helfern. Freiwillige im Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind hier aktuell **schlechter gestellt** als Feuerwehrleute. Das von uns als CDU-

Fraktion Niedersachsen eingebrachte **Helfergleichstellungsgesetz** soll diesen **Misstand** korrigieren, denn nach unserer Auffassung verdienen alle freiwilligen Helfer in Notsituationen die **gleichen** Freistellungs- und Erstattungsansprüche.

## Europa-Bildung an Schulen

In einem Entschließungsantrag, den wir in den Landtag eingebracht haben, fordern wir eine Stärkung der Europa-Bildung an Schulen. Die europäische Idee muss noch **intensiver** an unseren Schulen vermittelt werden, um den europäischen **Zusammenhalt** zu stärken und Jugendlichen die Errungenschaften der Europäischen Union nahe zu bringen.

Wir wollen den internationalen Austausch in Form von z. B. regelmäßigen **Wettbewerben** und **Projekten** fördern. Zusätzlich wollen wir mehrsprachigen und bilingualen Unterricht voranbringen, um **Sprachbarrieren** zu unseren Europäischen Partnern aus dem Weg zu räumen. So kann eine stärkere Zusammenarbeit von niedersächsischen Lehreinrichtungen mit



Schulen im Ausland entstehen. Ebenso sollen **Fortbildungsangebote** für Lehrer zum Thema Europa im Unterricht geschaffen werden und Kooperationsmöglichkeiten zwischen **schulischen** und **außer-schulischen Akteuren** im Bereich Europabildung erleichtert und intensiviert werden. Wir wollen die Europabildung an **berufsbildenden** Schulen ausbauen und Grundschulen vermehrt zu **Europaschulen** weiterentwickeln.

Hierfür müssen wir unter anderem die bestehenden **Unterrichtselemente** zum Thema Europa wissenschaftlich evaluieren, um Lehrpläne zielgerichtet weiterentwickeln zu können, denn ein starkes Europa ist weiterhin ein Garant für ein friedliches **Miteinander** und die wichtigste Säule unserer **Wirtschaft**.

## Aktuelle Stunde zur Grünen Gentechnik

Das **Europäische Parlament** hat im Februar 2024 beschlossen zeitgemäße Regelungen in der Pflanzenzucht umzusetzen. Pflanzen, die maximal 20 Veränderungen im Genom haben, sogenannte **NGT-1 Pflanzen**, sollen nicht mehr den

Gentechnik-Regelungen unterliegen.

Auch in Niedersachsen sollten wir die **Chancen** dieser, im EU-Ausland bereits etablierten, Pflanzenzucht Technologie erkennen.



Deshalb habe ich mich mit meiner Rede im Februarplenium dafür stark gemacht, die neuen Züchtungstechnologien nicht **pauschal** zu verteufeln. Bei dieser modernen Methode werden **keine fremden Gene** in das Erbgut der Pflanze eingeschleust, sondern es werden Mutationen erzeugt, die auch auf **natürlichem Wege** entstehen könnten. Diese sind im Endprodukt nicht mehr nachweisbar. Im Ergebnis sind resilientere Pflanzen mit besseren Eigenschaften z. B. einem höheren Vitamingehalt möglich. Unsere Landwirtschaft kann direkt von beschleunigten Züchtungen **profitieren**, z.B. durch eine höhere Ertragssicherheit oder eine bessere Pflanzengesundheit. Wichtig ist, dass es auch in Zukunft **keine Patente** auf Saatgut geben darf und



das gentechnisch veränderte Saatgut **gekennzeichnet** wird, damit die Landwirte Wahlfreiheit behalten, ob sie derartige Pflanzen anbauen wollen.

## Krankenhäuser in Not

Dreiviertel der niedersächsischen Krankenhäuser sind **kurzfristig** auf finanzielle Hilfe angewiesen und erwarten für 2024 eine weitere **Verschlechterung** der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Jahresdefizit der Krankenhäuser steigt laut Niedersächsischer Krankenhausgesellschaft e.V. auf 640.000.000 Euro.



Diese dramatische Entwicklung macht ein **unmittelbares** Handeln des Landes nötig. Das Land Niedersachsen steht in Verantwortung eine flächendeckende, wohnortnahe, stationäre medizinische Versorgung **sicherzustellen** und muss daher in Not geratene

Krankenhäuser finanziell **unterstützen**.

Wir fordern den **Ministerpräsidenten** auf, die in Not geratenen niedersächsischen Krankenhäuser mit Liquiditätskrediten der NBank als Sofortmaßnahme zu unterstützen. Zusätzlich muss die Grundpauschale zum Erhalt der Leistungsfähigkeit **kurzfristig** signifikant erhöht werden, um die Pauschalförderung **unbürokratisch** auszahlen zu können.

## SPD-Gehaltsaffäre in der Staatskanzlei

Die CDU-Landtagsfraktion wird zur SPD-Gehaltsaffäre der Niedersächsischen Staatskanzlei in der nächsten Landtagssitzung im März einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen. Hintergrund ist die rückwirkende **Brechstangen-Beförderung** der 33-jährigen Büroleiterin des Ministerpräsidenten mit einer Gehaltserhöhung von ca. 6.300 € auf rund 8.200 € monatlich. Diese Beförderung soll auf Grundlage einer eigens für sie durch die Staatskanzlei und das Finanzministerium geschaffenen Neuregelung erfolgt sein, obwohl zuvor alle fachlichen



Prüfungen des Finanzministeriums das Ergebnis hatten, dass dieses Vorhaben **rechtswidrig** war. Wir wollen in dem Untersuchungsausschuss zudem die persönlichen **Verstrickungen** des Ministerpräsidenten in die Gehaltsaffäre aufklären, da die **Steuerzahler** ein

Anrecht darauf haben, dass Gehaltszahlungen aus Steuermitteln nach allgemeinen und **transparenten** Regeln vollzogen werden. Die Büroleiterin des Ministerpräsidenten ist übrigens SPD-Vorsitzende im Wahlkreis von **Lars Klingbeil**, dem Bundesvorsitzenden der SPD.

## Termine:

05.03. Rat der Stadt Osnabrück

06.03. UA-Verbraucherschutz

06.03. Bürgersprechstunde

07.03. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

08.03. Umweltausschuss

09.03. Bürgerverein Schinkel-Ost

11.03. Sitzung Umweltausschuss

11.03. Themennetzwerk Agrar und Ernährung / Umwelt und Energie

12.03. CDU-Fraktion Nds

13.-15. 03. Plenum

18.03. Sitzung Umweltausschuss

